



Präambel

In Anerkennung der Verantwortung, die politische Parteien in einer demokratischen Gesellschaft tragen, verpflichten sich die unterzeichnenden Parteien zu einem fairen, sachlichen und respektvollen Umgang im Rahmen der Arbeit im Stadtrat und seinen Ausschüssen. Demokratische Auseinandersetzungen leben vom Austausch unterschiedlicher Meinungen, dürfen aber nicht zu Lasten einzelner Bevölkerungsgruppen oder marginalisierter Minderheiten geführt werden.

Wir treten gemeinsam für ein demokratisches Miteinander ein, das auf Achtung der Menschenwürde, Toleranz und Gleichberechtigung basiert.

Grundsätze der Vereinbarung:

1. Verzicht auf Diskriminierung und Ausgrenzung
 - a. Es wird auf diskriminierende, hetzerische oder pauschalisierende Aussagen gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte, ethnischen Minderheiten, religiösen Gemeinschaften, queeren Personen, Menschen mit Behinderung oder anderen marginalisierten Gruppen verzichtet
 - b. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in jeglicher Form wird ausdrücklich abgelehnt
2. Verantwortungsvoller Sprachgebrauch
 - a. Sprache prägt gesellschaftliches Klima. Daher verpflichten wir uns zu einem respektvollen und differenzierten Sprachgebrauch in Reden, Publikationen und auf Socialmedia-Kanälen
 - b. Wir lehnen Begriffe ab, die stigmatisieren, entmenschlichen oder Angst schüren.
3. Transparenter Umgang mit Informationen
 - a. Es werden keine Falschinformationen oder irreführenden Darstellungen über Personen oder Gruppen verbreitet
 - b. Wir verpflichten uns auf Hinweise zu problematischen Inhalten angemessen zu reagieren und gegebenenfalls Inhalte zu korrigieren
4. Vorbildfunktion der Mitglieder im Stadtrat
 - a. Unsere Mandatsträger kenne ihre Vorbildfunktion. Sie tragen Verantwortung für die Wirkung ihrer Aussagen und Handlungen im öffentlichen Raum
 - b. Bei Verstoß gegen diese Prinzipien dieser Vereinbarungen werden parteiinterne Maßnahmen geprüft und ggfs. ergriffen
5. Solidarisches Handeln bei Grenzüberschreitungen
 - a. Wir unterstützen uns gegenseitig in der Zurückweisung von Hass, Hetze und Diskriminierung, auch wenn wir nicht unmittelbar selbst betroffen sind.
 - b. Eine klare Abgrenzung zu extremistischen Positionen ist für alle Beteiligten selbstverständlich

Schlussbestimmung:

Diese Vereinbarung ist Ausdruck unseres gemeinsamen Verständnisses für demokratische Verantwortung und Menschenwürde in Lüdenschied. Sie ist zugleich ein Signal an und in die Gesellschaft: Ein fairer Diskurs im Stadtrat und seinen Ausschüssen ohne Diskriminierung, aber mit klaren unterschiedlichen Botschaften, ist möglich und beispielgebend für das Zusammenleben in unserer Stadt.



Sehr geehrte Mitglieder des neu gewählten Stadtrates,

wir, das Lüdenscheider Bündnis für Demokratie, möchten Ihnen für die zukünftige Arbeit des Stadtrates und der dazugehörigen Ausschüsse viel Erfolg dabei wünschen, die Geschicke unserer Stadt in einem konstruktiven politischen Diskurs zu gestalten.

Für die vor Ihnen liegende Arbeit im Rat und den Ausschüssen möchten wir Ihnen als Anregung die beigefügte Vereinbarung zur Verfügung stellen, um mit Hilfe der Vereinbarung die Arbeit der politischen Gremien positiv zu gestalten.

Wir freuen uns sehr, wenn Sie im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt diesen Vorschlag in der weiteren Arbeit nutzen.

Mit demokratischen Grüßen

Ihr Lüdenscheider Bündnis für Demokratie